

**Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte**

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris

(Institut historique allemand)

Band 29/3 (2002)

DOI: 10.11588/fr.2002.3.45604

---

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

VOLKER ERHARD

JEAN LALOY UND DIE POLITIK DES QUAI D'ORSAY  
IN DER ZWEITEN BERLIN-KRISE (1958–1963)<sup>1</sup>

Über die britische und amerikanische Politik in der zweiten Berlin-Krise 1958–1963 sind in den letzten Jahren einige Monographien vorgelegt worden<sup>2</sup>. Für die französische Seite steht eine vergleichbar umfassende, auf archivalischer Quellenbasis gearbeitete Untersuchung noch aus. In den bekannten de Gaulle-Biographien sowie in den Überblicksdarstellungen zur Außenpolitik des Generals finden die Ereignisse um das Chruschtschow'sche Ultimatum<sup>3</sup> und den Bau der Berliner Mauer allenfalls eine cursorische Erwähnung<sup>4</sup>. Detaillierte Angaben zur französischen Haltung sind nur schlaglichtartig den bereits erwähnten auf amerikanischen und britischen Quellen beruhenden Darstellungen zu entnehmen<sup>5</sup>, sowie einigen Memoiren<sup>6</sup>, den Reden, Briefen und Aufzeichnungen de

- 1 Der Verfasser dankt M. Vincent Laloy für die freundliche Genehmigung zur Einsichtnahme in die Papiere seines Vaters.
- 2 Vgl. Christian BREMEN, *Die Eisenhower-Administration und die zweite Berlin-Krise 1958–1961*, Berlin, New York 1998 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, 95); Christof MÜNGER, *Ich bin ein West-Berliner. Der Wandel der amerikanischen Berlinpolitik während der Präsidentschaft John F. Kennedys*, Zürich 1999 (Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, 49); John P. S. GEARSON, *Harold Macmillan and the Berlin Wall Crisis, 1958–62. The Limits of Interests and Force*, Basingstoke, London 1998.
- 3 In einer am 27. November 1958 an die Westmächte und die deutsche Bundesregierung gerichteten Note hatte die Sowjetunion binnen sechs Monaten die Umwandlung West-Berlins in eine entmilitarisierte Freie Stadt gefordert und für den Fall, daß sich die Westmächte diesem Ansinnen nicht fügten, mit dem Abschluß eines separaten Friedensvertrages mit der DDR und damit einhergehend mit der einseitigen Übertragung der sowjetischen Besatzungsrechte an die DDR gedroht. Da der Vollzug dieses Schritts aus der Sicht der Westmächte einen Bruch des geltenden Besatzungsrechts bedeutete, den hinzunehmen sie nicht bereit waren, beschwor Moskau die Gefahr eines unter Umständen atomaren Krieges um den Zugang nach Berlin herauf. Bis Ende 1962 griff die sowjetische Führung ihre Drohung mehrmals wieder auf.
- 4 Vgl. Bernard LEDWIDGE, *De Gaulle*, Paris 1984, S. 286–295; Jean LACOUTURE, *De Gaulle. Le politique, 1944–1959*, Paris 1985, S. 643–646; DERS., *De Gaulle. Le souverain, 1959–1970*, Paris 1986, S. 387–393; Ernst WEISENFELD, *Charles de Gaulle. Der Magier im Elysee*, München 1990, S. 100–103; Pierre MAILLARD, *De Gaulle und Deutschland. Der unvollendete Traum*, Bonn 1991, S. 254–260; Maurice VAÏSSE, *La Grandeur. Politique étrangère du général de Gaulle 1958–1969*, Paris 1998, S. 145ff., 236f., 267–272, 279–282.
- 5 Diese Einschränkungen gelten auch für Bernard LEDWIDGE, *La crise de Berlin 1958–1961: stratégie et tactique du général de Gaulle*, in: Institut Charles de Gaulle, *La sécurité et l'indépendance de la France*, Paris 1992, S. 366–381 (De Gaulle et son siècle. Actes des Journées internationales tenues à l'Unesco, Paris, 19–24 novembre 1990, 4); Joachim ARENTH, *Der Westen tut nichts! Transatlantische Kooperation während der zweiten Berlin-Krise (1958–1962) im Spiegel neuer amerikanischer Quellen*, Frankfurt a. M. u. a. 1993, und Rolf STEININGER, *Der Mauerbau. Die Westmächte und Adenauer in der Berlinkrise 1958–1963*, München 2001.
- 6 Vgl. Charles DE GAULLE, *Mémoires d'espoir. Le Renouveau, 1958–1962*, Paris 1970; Maurice COUVE DE MURVILLE, *Une Politique Étrangère 1958–1969*, Paris 1971; François SEYDOUX, *Beiderseits des Rheins. Erinnerungen eines französischen Diplomaten*, Frankfurt a. M. 1975; Hervé AL-



Gaullès<sup>7</sup> oder Beiträgen, die sich primär den deutsch-französischen Beziehungen oder der Nuklear-, der Europapolitik oder dem Deutschlandbild des französischen Staatspräsidenten widmen<sup>8</sup>. Insbesondere ist die Rolle des Quai d'Orsay in der französischen Berlin-Politik bislang völlig unerforscht. Dieser Befund nimmt sich umso erstaunlicher aus, als die Aktenedition Documents Diplomatiques Français (DDF) mittlerweile fast den gesamten zu behandelnden Zeitraum abdeckt<sup>9</sup> und die einschlägigen Quellenbestände in den Archives du Ministère des Affaires Étrangères (AMAE) größtenteils einsehbar sind<sup>10</sup>. Auch steht der Forschung ein Fonds Maurice Couve de Murville in den Archives de la Fondation Nationale des Sciences Politiques (FNSP) zur Verfügung.

Im folgenden soll anhand des Wirkens von Jean Laloy (1912–1994) die Politik des Quai d'Orsay in der an den Grundfesten der Nachkriegspolitik rührenden Krise um Berlin untersucht und skizzenhaft dargestellt werden. Die Fokussierung auf Jean Laloy verspricht aus zwei Gründen aufschlußreiche Erkenntnisse: Zum ersten gilt Laloy als der führende Berlin-Experte des französischen Außenministeriums<sup>11</sup>, zum zweiten hat er eine umfangreiche Sammlung von Aufzeichnungen, Ausarbeitungen und Protokollen hinterlassen, die neuerdings durch ein Findbuch erschlossen ist und nach vorheriger Anfrage bei der Familie eingesehen werden kann<sup>12</sup>.

PHAND, L'étonnement d'être. Journal, 1939–1973, Paris 1977; Henri FROMENT-MEURICE, Vu du Quai. Mémoires 1945–1983, Paris 1998.

7 Vgl. Charles DE GAULLE, Discours et messages. Avec le Renouveau, Mai 1958–Juillet 1962, Paris 1970; DERS., Lettres, Notes et Carnets, Juin 1958–Décembre 1960, Paris 1985; DERS., Lettres, Notes et Carnets, Janvier 1961–Décembre 1963, Paris 1986.

8 Vgl. Martin KOOPMANN, Das schwierige Bündnis. Die deutsch-französischen Beziehungen und die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1958–1965, Baden-Baden 2000; Ulrich LAPPENKÜPER, Die deutsch-französischen Beziehungen 1949–1963. Von der Erbfeindschaft zur »Entente élémentaire«, Bd. 2, 1958–1963, München 2001; Cyril BUFFET, La politique nucléaire de la France et la seconde crise de Berlin (1958–1962), in: Relations Internationales 59 (1989) S. 347–358; DERS., De Gaulle et Berlin. Une certaine idée de l'Allemagne, in: Revue d'Allemagne 22 (1990) S. 525–538; DERS., De Gaulle, Berlin and the Bomb (1958–1962), or: How to use a political weapon, in: Storia delle Relazioni Internazionali 13 (1998), Special Issue: Dividing the Atom: Essays on the History of Nuclear Sharing and Nuclear Proliferation, Firenze 1998, S. 215–234; Burkard SCHMITT, Frankreich und die Nukleardebatte der Atlantischen Allianz 1956–1966, München 1998; Reiner MARCOWITZ, Charles de Gaulle und die Westdeutschen in der Berlin-Krise 1958–1963. Über die Wirkmächtigkeit eines nationalen Stereotyps auf die operative Außenpolitik, in: Harm KLUETING (Hg.), Nation, Nationalismus, Postnation. Beiträge zur Identitätsfindung der Deutschen im 19. und 20. Jahrhundert, Köln, Weimar, Wien 1992, S. 203–218; Hans-Dieter LUCAS, Europa vom Atlantik bis zum Ural? Europapolitik und Europadenken im Frankreich der Ära de Gaulle (1958–1969), Bonn, Berlin 1992 (Pariser Historische Studien, 35); Knut LINSEL, Charles de Gaulle und Deutschland, Sigmaringen 1998 (Beihefte der Francia, 44).

9 Vgl. Documents Diplomatiques Français 13 (1958/II)–23 (1963/I), Paris 1993–2000.

10 Es handelt sich um die Sous-Série Allemagne und die Sous-Série Statut de l'Allemagne aus der Série Europe. Nur mittels Dérogation einsehbar sind Akten der Série Pactes.

11 Vgl. Curtis CATE, The Ides of August. The Berlin Wall Crisis, 1961, New York 1978, S. 366.

12 Anfragen sind zu richten an M. Vincent Laloy, F-39120 Rahon. Da die von Jean Laloy gleichfalls in seinen Handakten gesammelten Telegramme bereits dem AMAE übergeben wurden, besteht der heute noch im Familienbesitz befindliche Nachlaß vor allem aus Entwürfen und Durchschlägen von Ausarbeitungen aus Laloy's eigener Produktion sowie aus einer umfangreichen Korrespondenz. Der Nachlaß dürfte auch über die zweite Berlin-Krise hinaus eine für die Erforschung der Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen aufschlußreiche Quelle sein. Nach dem Inventar zu schließen, befinden sich beispielsweise in den Dossiers 99 und 100 Berichte Laloy's über die Besatzungspolitik der Alliierten in Deutschland sowie über die Arbeit des Parlamentarischen Rats. Sein Briefwechsel zeigt Laloy in zum Teil langjährigem Kontakt mit hochrangigen deutschen Politikern und Diplomaten wie beispielsweise Karl Carstens, Herbert Blankenhorn und Alois Mertes.



Abgesehen von seinen Veröffentlichungen<sup>13</sup> ist von Jean Laloy allgemein nur bekannt, daß er als studierter Slavist und Osteuropaexperte de Gaulles Moskauer Unterredungen mit Stalin zwischen dem 2. und dem 10. Dezember 1944 dolmetschte<sup>14</sup> und während der 4. Republik als dezidiertes Anhänger der europäischen Integration und Befürworter einer Westbindung Deutschlands im Quai außerordentlich schnell aufstieg<sup>15</sup>. Den größten Einfluß auf die Außenpolitik seines Landes übte er jedoch in den Jahren der zweiten Berlin-Krise aus – zunächst als Leiter der Unterabteilung Europa (Directeur d'Europe) und ab September 1961 als Stellvertretender Leiter der Politischen Abteilung (Directeur adjoint des Affaires Politiques). In den genannten Funktionen entwarf und koordinierte Laloy die Berlin-Politik des Quai, nahm als Experte an vielen Treffen der Regierungschefs und Minister teil, vertrat Frankreich in diversen Arbeitsgruppen der Alliierten, wurde mit persönlichen Missionen betraut und fungierte nicht zuletzt als geschätzter Ansprechpartner der in Paris ansässigen Diplomaten. Einige Beispiele mögen an dieser Stelle die Position Laloys illustrieren: Neben Louis Joxe und Olivier Wormser nahm Jean Laloy am 10. Juni 1958 als einziger Beamter an strategiepolitischen Beratungen de Gaulles mit seinen Vertrauten teil<sup>16</sup>. Die französische Antwortnote vom 31. Dezember 1958 auf das Chruschtschow'sche Ultimatum ging in weiten Teilen auf Formulierungen Laloys zurück<sup>17</sup>. Über den deutschen Botschafter in Paris, Herbert Blankenhorn, erfuhr Laloy bereits Ende Januar 1959, daß Adenauer erwog, den Alliierten vorzuschlagen, sie könnten Chruschtschow ihre Einwilligung in ein neues west-östliches Gipfeltreffen anbieten, wenn dieser im Gegenzug einem fünfjährigen Moratorium über Berlin zustimmte<sup>18</sup> – es sollte jedoch noch bis zum 13. März dauern, bis Adenauer die Verbündeten offiziell von seinen Überlegungen in Kenntnis setzte<sup>19</sup>. Ende November 1962 erfuhr Laloy aus amerikanischen Quellen, daß Adenauer bei seinem gegen Mitte des Monats durchgeführten Washington-Besuch eine Bereitschaft ausgedrückt hatte, die DDR bis zu einem gewissen Grade anzuerkennen, wenn sich diese bezüglich des Berlin-Verkehrs oder bezüglich der Situation in der DDR entgegenkommend zeigte<sup>20</sup> – eine, wie sich heute nachweisen läßt, zutreffende Information, die Paris und London offiziell nie erreichte und auch in Washington und Bonn nur ganz wenigen Eingeweihten bekannt war<sup>21</sup>.

13 Neben einer Vielzahl von Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln verfaßte er drei Monographien: *Entre guerre et paix*, Paris 1966; *Le socialisme de Lénine*, Paris 1967; *Yalta, hier, aujourd'hui, demain*, Paris 1988. Das letztgenannte Werk wurde auch ins Deutsche, Englische, Niederländische und Polnische übersetzt.

14 Vgl. LACOUTURE (wie Anm. 4) S. 86–95. Im Nachlaß Laloy befinden sich die einschlägigen Unterlagen in Dossier 68. Eine hieraus gearbeitete Aufzeichnung Laloys zu dieser Reise findet sich unter dem Titel: *A Moscou entre Staline et de Gaulle, décembre 1944*, veröffentlicht in *Revue des Études Slaves* 54 (1982), S. 137–152.

15 Vgl. Georgette ELGEY, *La République des tourmentes 1954–1959*, Paris 1992, S. 126 und 208 (*Histoire de la IVe République*, 3/1); Mme Claude DULONG-SAINTENY, *Notice sur la vie et les travaux de Jean Laloy (1912–1994)*, Institut de France, Académie des Sciences Morales et Politiques, Séance du mardi 10 décembre 1996, S. 15–19.

16 Vgl. *Compte rendu de la réunion du 10 juin 1958 chez le Général sur les questions internationales*, Nachlaß Laloy, Dossier 110, Nr. 63 bis.

17 Vgl. *Avant-projet de réponse française à la note soviétique du 27 novembre*, 4. Dezember 1958, Nachlaß Laloy, Dossier 110, Nr. 123, und bezüglich des weiteren Entstehungsprozesses der Note auch die Nummern 124–130, *ibid.*

18 Vgl. *Note, Conversation avec M. Blankenhorn*, 31. Januar 1959, Nachlaß Laloy, Dossier 111, Nr. 14.

19 Vgl. Hans-Peter SCHWARZ, *Adenauer. Der Staatsmann, 1952–1967*, Stuttgart 1991, S. 484.

20 Vgl. *Note, Conversations américaines*, 26. November 1962, Nachlaß Laloy, Dossier 114, Nr. 70.

21 Vgl. *Memorandum of Conversation, President-Adenauer-Talks – 2<sup>nd</sup> Plenary Session*, 14. November 1962, *Foreign Relations of the United States, 1961–1963* (15), Washington 1994, S. 433–443;



Ausgehend von einem ideologisch-expansiven Charakter der sowjetischen Berlin- und Deutschlandpolitik, die er stets als Einheit auffaßte, bezeichnete Laloy gleich zu Beginn der Krise die deutsche öffentliche Meinung als den eigentlichen Adressaten der Drohungen Chruschtschows<sup>22</sup>. Dessen prinzipielles Ziel sei es, die Bundesrepublik aus dem westlichen Bündnis herauszulösen. Gelänge der NATO aber die Wiederherstellung ihrer Geschlossenheit, die aufgrund von Streitigkeiten über den französischen Vorschlag zur Errichtung eines Dreierdirektoriums an ihrer Spitze und die Querelen um die britische Idee einer europäischen Freihandelszone zeitweilig erschüttert war, und bliebe die deutsche Haltung fest, würde sich die sowjetische Herausforderung wahrscheinlich abwehren lassen. Als Handlungsmaxime der französischen Diplomatie formulierte Laloy, daß die Position der Westalliierten in Berlin unter allen Umständen verteidigt werden müsse<sup>23</sup>. Die entscheidende politische Begründung dafür lautete: Gäben die drei Alliierten den sowjetischen Forderungen nach, drohe die Hinwendung der bundesdeutschen Bevölkerung, die sich dann als vom Westen in ihrer Wiedervereinigungshoffnung verraten betrachten würde, nach Osten<sup>24</sup>. Diese Angst vor einem neuen Rapallo, das das Risiko einer Neutralisierung und einer anschließenden schleichenden Sowjetisierung des gesamten europäischen Kontinents in sich barg, wurde sowohl von de Gaulle wie auch vom Rest der französischen politischen Klasse mit Ausnahme der Kommunisten geteilt und bildete für den gesamten Zeitraum der zweiten Berlin-Krise den Dreh- und Angelpunkt der diesbezüglichen französischen Politik, die auf die Beibehaltung der bestehenden Rechtslage abzielte und Verhandlungen unter Drohungen ablehnte<sup>25</sup>.

Laloy setzte sich in der Folge kontinuierlich dafür ein, daß der Westen in seiner Gesamtheit eine unnachgiebige Haltung vertrat, was auf deutscher Seite mit Wohlwollen registriert wurde<sup>26</sup>. Alle politischen Verhaltensweisen, die Moskau glauben machen konnten, der Westen sei in Wahrheit uneins und schwach, stießen auf die entschiedene Mißbilligung Laloys. Vorrangige Zielscheibe seiner Kritik waren die angelsächsischen Mächte, da sie auf der Basis einer wie auch immer gearteten Anerkennung der DDR zu einem von ihm als vorzeitig empfundenen Arrangement mit Moskau neigten.

Ein britisches Memorandum vom 19. November 1958, das sehr ungeschützt die Absicht der Londoner Regierung zum Ausdruck brachte, Zwischenfälle in Berlin nötigenfalls unter Zahlung des Preises einer Anerkennung der DDR zu vermeiden, kommentierte Laloy mit den Worten: »La difficulté de cette position vient du fait que la reconnaissance (der DDR, V. E.) sera interprétée comme un prélude à l'abandon (von Berlin, V. E.). Elle risque en tout cas de l'entraîner. Une telle interprétation aurait des résultats désastreux en Allemagne de l'Ouest«<sup>27</sup>. Die Motive der britischen Regierung analysierte Laloy wie folgt: »Le gouverne-

Aufzeichnung, Vorbesprechung für den Amerika-Besuch des Herrn Bundeskanzlers vom 9. November um 16.30 Uhr, 12. November 1962, Nachlaß Adenauer, Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Rhöndorf III/78.

22 Vgl. Note pour le Secrétaire général, Nouvelle crise à Berlin, 12. November 1958, Nachlaß Laloy, Dossier 110, Nr. 112.

23 Vgl. Note pour le Ministre, Problème de Berlin, 21. November 1958, Nachlaß Laloy, Dossier 110, Nr. 117.

24 Vgl. *ibid.* In diesem Sinne hatte sich Laloy auch schon im Frühsommer 1958 im Rahmen der Debatte um eine west-östliche Gipfelkonferenz geäußert, vgl. Note pour le Général de Gaulle, 13. Juni 1958, Nachlaß Laloy, Dossier 110, Nr. 66.

25 Vgl. LUCAS (wie Anm. 8) S. 156f. und 168–175.

26 Vgl. Wilhelm G. GREWE, Rückblenden, 1976–1951, Frankfurt a. M., Berlin, Wien 1979, S. 177; Karl CARSTENS, Erinnerungen und Erfahrungen, hg. von Kai VON JENA und Reinhard SCHMOECKEL, Boppard 1993 (Schriften des Bundesarchivs, 44), S. 260.

27 Vgl. Anm. 23.



ment britannique redoute, en cas de crise, une défaillance de son opinion publique. Celle-ci ne s'intéresse pas à Berlin. Elle voit que les Allemands qu'elle croyait avoir vaincus sont redevenus riches. De plus, ils s'unissent à la France pour faire du tort au commerce britannique. Pourquoi le peuple anglais devrait-il s'intéresser aux querelles de ce continent déroutant et peu sûr? Un accord avec les Russes, divisant pour de bon l'Allemagne et sauvant la face à Berlin, serait la meilleure solution<sup>28</sup>. Nach der allgemein mißtrauisch beäugten Reise Premierminister Macmillans in die Sowjetunion vom 21. Februar bis 3. März 1959 konnte Laloy mit Blick auf die interalliierte Diskussion über das Berlin-Problem jedoch mit Erleichterung feststellen, daß der Empfang Macmillans am 13. März in Bonn keineswegs so herzlich ausgefallen war, wie es die britische Presse darstellte<sup>29</sup>. Adenauer lehnte einen neuen Status für Berlin genauso ab, wie jegliche von Macmillan ventilierte Gedanken an Disengagement oder an eine deutsch-deutsche Konföderation. Seine Einwilligung in ein neuerliches Gipfeltreffen habe der Kanzler darüber hinaus an Bedingungen geknüpft, die kaum erfüllt werden dürften.

Die Amerikaner traf Laloys Bannstrahl in dem Maße, wie sie sich in ihren internen Planungen von der gegebenen Rechtslage in Berlin ab- und einem möglichen neuen Status zuwandten. Einige Wochen vor der Pariser Gipfelkonferenz vom Mai 1960 diagnostizierte Laloy: »Les Américains sont toujours indécis. Les services sentent que le Président désire un compromis. Ils sont donc consciencieusement partis à la recherche de l'accord idéal. Ils ne l'ont pas trouvé, mais dans leur quête, ils ont quelque peu perdu de vue les raisons fondamentales de la position occidentale sur Berlin. [...] Les services américains ne voient pas, ou ne veulent pas voir que la question de Berlin ne peut être isolée de la question allemande. Les alliés occidentaux sont à Berlin parce qu'ils sont responsables de l'Allemagne. Tant que l'Allemagne est divisée, ils doivent préserver leur position à Berlin qui est le symbole de leur volonté de réunification. S'ils utilisent les pouvoirs qu'ils détiennent depuis 1945 pour découper sur le sol allemand une nouvelle entité, la Ville libre de Berlin-ouest, ils renoncent à leur mission essentielle et tout l'édifice de la politique occidentale en Allemagne est ruiné<sup>30</sup>.

In diesem Sinne beurteilte Laloy auch das amerikanische Principles Paper, das Außenminister Dean Rusk im März 1962 seinem sowjetischen Amtskollegen Gromyko übergeben hatte und das einen west-östlichen Ausgleich dergestalt ins Auge faßte, daß der Westen unter anderem die Oder-Neiße-Linie als deutsche Ostgrenze anerkennen, die Nichtverbreitung von Atomwaffen garantieren, einen Nichtangriffsvertrag mit dem Warschauer Pakt abschließen und der Internationalisierung des Zugangs nach Berlin unter Einschluß der DDR zustimmen könnte, um im Gegenzug eine Garantie für die Präsenz seiner Truppen in Berlin und die Lebensfähigkeit der Stadt zu erhalten. Dazu schrieb Laloy: »Ce qui est à craindre, ce sont les malentendus qui peuvent naître de certaines ambiguïtés dans la position américaine. Le gouvernement des États-Unis pense sincèrement qu'il faut éliminer le caractère explosif de la crise en négociant, et que cette négociation, au mieux, confirmera le statu quo. Certaines des propositions qu'il présente peuvent faire croire aux Russes (et aux Allemands) qu'il est prêt à aller plus loin, et qu'il envisage une sorte de règlement préliminaire de paix fondé sur la division. Ce risque deviendrait grand si l'idée d'un nouveau statut était acceptée. L'on peut penser que les Russes proposeront un jour ce nouveau statut contre le maintien de troupes symboliques des trois Puissances à Berlin. Le choix, à ce moment, sera d'autant plus délicat que l'évolution actuelle en Allemagne donne à croire que

28 Vgl. Note, Allemagne et Berlin, 31. März 1960, Nachlaß Laloy, Dossier 112, Nr. 45.

29 Vgl. Note, État actuel des discussions interalliées relatives à la crise de Berlin, 19. März 1959, Nachlaß Laloy, Dossier 111, Nr. 39.

30 Vgl. Anm. 28.



l'opinion allemande acceptera avec soulagement à peu près toute solution, quitte plus tard à critiquer les alliés de leur faiblesse«<sup>31</sup>. Henri Froment-Meurice berichtet darüber hinaus, daß er, als Rusk Anfang April 1962 den Sowjets eine revidierte, Moskau in seiner Sprache und seinen Zielen noch weiter entgegenkommende Version des Papiers zukommen lassen wollte, mit entscheidender Unterstützung Laloy's eine Instruktion an den französischen Geschäftsträger in Washington erwirken konnte, die französische Fundamentalkritik am amerikanischen Vorgehen offen auszusprechen<sup>32</sup>. Aufgrund einer Indiskretion wurde das US-Papier vorzeitig veröffentlicht und schließlich nicht mehr übergeben<sup>33</sup>.

Gelegentlich kritisierte Laloy auch die Politik der Bonner Bundesregierung. Ein von Hilger van Scherpenberg, dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, der in London tagenden Viermächte-Arbeitsgruppe unterbreiteter Entwurf für ein auf die Sicherung des Status quo ausgerichtetes Stillhalteabkommen mit der UdSSR lehnte Laloy ab, weil er seiner Ansicht nach zu viele Schwierigkeiten im Detail aufwarf<sup>34</sup>. An der Kündigung des Interzonenhandelsabkommens mit der DDR durch Bonn Ende September 1960 wurde insofern Kritik geübt, als Paris befürchtete, die DDR könne diesen Schritt zum Anlaß für Gegenmaßnahmen nehmen mit dem Ziel, die Position des Westens in Berlin weiter zu untergraben, oder versuchen, ihrer alten Forderung nach paritätischen deutsch-deutschen Verhandlungen über die gesamte deutsche Frage zu einer höheren Akzeptanz zu verhelfen<sup>35</sup>. Über innerdeutsche Verhandlungen, die Themen wie den Berlin-Verkehr miteinschlössen, drohe in den Hintergrund zu treten, daß die Siegermächte die alleinigen Träger der Souveränität in Berlin seien.

Den auf der Konferenz der westlichen Außenminister in Washington vom 14.–16. September 1961 unterbreiteten deutschen Vorschlag, sich gegebenenfalls zur Einrichtung deutsch-deutscher technischer Kommissionen bereitzuerklären, kritisierte Laloy mit den Worten: »Ces propositions tendent en fait à se substituer à l'idée d'élections générales et risquent de favoriser certaines thèses soviétiques«<sup>36</sup>. Am 18. Oktober 1961 stellte Laloy nach einem Gespräch mit Blankenhorn besorgt fest, man suche in Bonn nach Gegenständen, bezüglich derer man eine gewisse Nachgiebigkeit an den Tag legen könne<sup>37</sup>. Selbst Adenauer neige mittlerweile dem Gedanken zu, daß der Besatzungsstatus Berlins überdacht werden könne, wenn eine andere akzeptable Lösung, nämlich ein neues Berlin-Statut, gefunden würde. Die eigenmächtigen Sondierungen des deutschen Botschafters in Moskau, Hans Kroll, vom 9. November 1961 bezeichnete Laloy als eine Entgleisung, die der westlichen Geschlossenheit zuwiderlaufe<sup>38</sup>. Die Vorschläge Krolls gingen weit über das hinaus, was jemals ins Auge gefaßt worden sei. Zu Adenauers bereits erwähneter, im Herbst 1962 gegenüber Kennedy angedeuteter Bereitschaft zu einer bedingten Anerkennung der DDR bemerkte Laloy lakonisch: »M. Adenauer a fait preuve de souplesse«<sup>39</sup>. Schließlich lehnte

31 Note, État actuel de la question de Berlin, 19. Juni 1962, Nachlaß Laloy, Dossier 114, Nr. 47.

32 Vgl. FROMENT-MEURICE (wie Anm. 6) S. 237f.

33 Vgl. SCHWARZ (wie Anm. 19) S. 745.

34 Vgl. Telegramm Laloy's an die französischen Vertretungen in Bonn, Washington und London, 25. April 1959, AMAE, Série Pactes, Dossier 242.

35 Vgl. Note, Des questions de trafic de personnes, de Berlin et des relations commerciales entre les deux Allemagnes, 5. Oktober 1960, Nachlaß Laloy, Dossier 112, Nr. 95.

36 Telegramm Laloy's an verschiedene diplomatische Vertretungen Frankreichs, 22. September 1961, Nachlaß Laloy Dossier 113, Nr. 111 bis.

37 Vgl. Note pour le Ministre, Démarche de M. Blankenhorn, 18. Oktober 1961, Nachlaß Laloy, Dossier 113, Nr. 120.

38 Vgl. Note, État actuel de l'affaire de Berlin, 14. November 1961, Nachlaß Laloy, Dossier 113, Nr. 129.

39 Vgl. Anm. 20.



Laloy auch eine auf dem Herter-Plan des Jahres 1959 aufgebaute Wiedervereinigungsinitiative des Auswärtigen Amtes vom Sommer 1963 ab, weil sie die Gefahr eines Wiederauflebens der Berlin-Krise in sich berge<sup>40</sup>.

Beleuchtet man die Hintergründe der von Laloy an den Verbündeten geäußerten Kritik, so zeigt sich, daß diese vor allem die taktische Frage nach dem geeigneten Zeitpunkt für Verhandlungen mit der Sowjetunion betraf. Jean Laloy forderte keinesfalls, für Berlin zu sterben. Auf dem Höhepunkt einer konfrontativen Entwicklung, also kurz vor oder nach dem Ausbruch einer bewaffneten Auseinandersetzung, wollte auch er mit den Sowjets verhandeln. Bereits unter der reinen Androhung einer Krise Positionen aufzugeben, wie dies die Amerikaner und noch viel mehr die Briten erwogen, lehnte er aber insbesondere mit Blick auf die zu erwartende Reaktion der deutschen Öffentlichkeit ab. Verhandle man dagegen erst im Angesicht eines Ausbruchs von Gewalt, erschienen unvermeidliche Zugeständnisse eher als Ausdruck von Staatskunst denn als Verrat<sup>41</sup>. Darüber hinaus, vermutete er, ließe sich so das Ausmaß der westlichen Konzessionen besser begrenzen. Als solche erschienen ihm in diesem Stadium einer Krise akzeptabel: Deklarationen der Bundesregierung, auf die atomare Ausrüstung der Bundeswehr zu verzichten und die Oder-Neiße-Linie als Ostgrenze anzuerkennen, sowie eine Reduzierung der westlichen Truppenpräsenz in Berlin<sup>42</sup>.

Läßt sich für die Hauptpunkte der weiter oben dargestellten Kritik Laloys an Washington, London und Bonn nachweisen, daß sie von der politischen Führung Frankreichs geteilt wurden<sup>43</sup>, so ist dies in bezug auf die Frage nach dem geeigneten Zeitpunkt für Verhandlungen mit den Sowjets nicht möglich. Nach den heute zugänglichen Quellen zeigte sich de Gaulle fest davon überzeugt, daß die Sowjetunion keinen Krieg für Berlin führen würde<sup>44</sup>. Folglich dürfte sich ihm – im Gegensatz zu Jean Laloy – die Frage, ob und, wenn überhaupt, worüber nach ersten Feindseligkeiten mit Moskau verhandelt werden sollte, gar nicht gestellt haben.

Im Verhältnis zwischen Laloy und Couve de Murville zeigten sich ab 1960 immer wieder punktuelle Meinungsunterschiede bezüglich der Wirksamkeit der westlichen Propaganda. Mit Blick auf die neutralen Staaten kritisierte Laloy gegenüber dem US-Journalisten Cyrus L. Sulzberger 1960, daß Couve eine von ihm für den Pariser Gipfel vom Mai konzipierte Propagandaformel nicht anwenden wolle, und 1962, daß die Tatsache großer Nahrungsmittelknappheit und agrarpolitischer Probleme sowohl in China als auch in der Sowjetunion nicht genügend aufgegriffen werde<sup>45</sup>. Mit Blick auf die deutsche Öffentlichkeit forderte

40 Vgl. Note pour le Ministre, Rapports Est-Ouest, 12. August 1963, Nachlaß Laloy, Dossier 115, Nr. 29. Der deutsche »Vorschlag zur Lösung wesentlicher Deutschland und die europäische Sicherheit betreffender Fragen« ist publiziert in den Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, 1963, S. 993–996.

41 Vgl. Anm. 23; Anm. 28; Note, Conversation entre M. Laloy et MM. Bohlen et Thompson, 13. April 1960, Nachlaß Laloy, Dossier 112, Nr. 51.

42 Vgl. Note pour le Ministre au sujet d'une mission à Washington, 25. Juni 1961, Nachlaß Laloy, Dossier 113, Nr. 70; auch in DDF 19 (1961/I), Paris 1997, S. 940–943.

43 De Gaulles ablehnende Haltung gegenüber Macmillans ausgeprägter Kompromißneigung in Berlin-Fragen ist z. B. wiedergegeben in ALPHAND (wie Anm. 6) S. 352; für seine Kritik an Adenauers Verhandlungsbereitschaft im August 1961 vgl. *ibid.* S. 363. Im Zusammenhang mit dem amerikanischen Principles Paper kritisierte er in einem Brief an Maurice Couve de Murville vom 14. April 1962 die »frénésie de negocier« der Briten und Amerikaner, vgl. DE GAULLE (wie Anm. 7) S. 230.

44 Vgl. den Brief de Gaulles an Eisenhower vom 11. März 1959, in: DE GAULLE (wie Anm. 7) S. 204–206; eine entsprechende Bemerkung de Gaulles auf dem Westgipfel vom 19. Dezember 1959, in: DE GAULLE (wie Anm. 6) S. 236; eine diesbezügliche Äußerung de Gaulles gegenüber Alphand vom 23. August 1961, in: ALPHAND (wie Anm. 6) S. 363.

45 Vgl. Cyrus L. SULZBERGER, *The Last of the Giants*, London 1972, S. 653 und 852.



Laloy eine entschiedenere Antwort der westlichen Mächte auf den Bau der Mauer in Berlin. Jedoch ließ der Secrétaire Général des Quai, Éric de Carbonnel, Laloys Vorschläge, sowjetischen Flugzeugen die Landrechte zu entziehen und Handelsgespräche auszusetzen, ins Leere laufen<sup>46</sup> – wohl mit der Billigung Couves, der gegenüber seinem Botschafter in Washington, Alphand, zum Thema der Reaktion auf den Mauerbau lapidar bemerkte: »(O)n fait une note et puis voilà«<sup>47</sup>.

Eine im Vergleich dazu grundsätzlichere Meinungsverschiedenheit warf die Frage der französischen Reaktion auf die Neuorientierung der amerikanischen Berlin-Politik nach der Wiener Begegnung Kennedys mit Chruschtschow vom 3.–4. Juni 1961 auf. Als sich der Verhandlungsdruck der angelsächsischen Mächte infolge des erneuerten Ultimatums Chruschtschows nachhaltig steigerte und man sich auch auf deutscher Seite dem Verhandlungsgedanken immer mehr öffnete, schlug Laloy Mitte Juni eine Modifikation der französischen Politik, die eigentlich Verhandlungen unter Drohungen strikt ablehnte, dahingehend vor, daß man neue west-östliche Verhandlungen befürworten sollte, jedoch mit dem Ziel, Moskau dazu zu veranlassen, diese alsbald scheitern zu lassen<sup>48</sup>. Hiervon versprach sich Laloy eine Stärkung der westlichen Regierungen, da die öffentliche Meinung dann moskaukritischer werden würde. Als scheinbare westliche Offerte wollte Laloy Moskau die Wiedervereinigung bei gleichzeitiger Neutralität Gesamtdeutschlands unterbreiten lassen. Zu einer Beschlußfassung im Sinne Laloys kam es jedoch nicht.

Obwohl Laloy verurteilte, daß die USA nur noch auf die Respektierung von Essentials, nicht mehr jedoch auf die Einhaltung des rechtlichen Status von Berlin durch die Sowjets pochten, bezeichnete er Anfang September 1961 die französische Haltung als noch nicht ausgearbeitet und griff die von den Amerikanern praktizierten Sondierungen der östlichen Position auf<sup>49</sup>. Mit Hilfe der Idee von der Einrichtung einer Versöhnungskommission, die praktische Regeln zur Koexistenz der Vier Mächte in Berlin entwerfen sollte, versuchte er, die elastische Politik der Amerikaner mit der prinzipiell unnachgiebigen französischen Linie in Einklang zu bringen. De Gaulle und Couve de Murville zogen es dagegen vor, sich in aller Form von den Explorationen der Amerikaner zu distanzieren<sup>50</sup>. Der französische Botschafter in Washington, Alphand, beteiligte sich in der Folge nicht mehr aktiv an den Beratungen der Viermächte-Arbeitsgruppe, die sich zentral mit dem Verlauf der Sondierungen befaßte<sup>51</sup>. Auf diese Art und Weise machte die französische Führung die Uneinigkeit des Westens offenbar, während Laloy, der dies gegenüber einem totalitären und aggressiven Gegner für gefährlich hielt, lieber die Suche nach einer geschlossenen und einheitlichen Haltung fortgeführt hätte<sup>52</sup>. Bezeichnenderweise hatte sich Laloy sowohl nach seiner Sondermission in Washington Ende Juni als auch in seiner Aufzeichnung von Anfang September gerade für die Intensivierung der Arbeitsgruppentätigkeit ausgesprochen, um das gegenseitige Mißtrauen unter den Alliierten zu überwinden<sup>53</sup>.

46 Vgl. CATE (wie Anm. 11) S. 366.

47 Vgl. ALPHAND (wie Anm. 6) S. 361.

48 Vgl. Note, Questionnaire sur Berlin, ohne Datum, schätzungsweise von Mitte Juni 1961, AMAE, Série Europe, Sous-Série RFA, Dossier 1728, sowie FROMENT-MEURICE (wie Anm. 6) S. 224.

49 Vgl. Note pour le Ministre, Berlin, 4. September 1961, Nachlaß Laloy, Dossier 113, Nr. 106.

50 Vgl. die Instruktionen de Gaulles an Alphand, in: ALPHAND (wie Anm. 6) S. 362; die Briefe de Gaulles an John F. Kennedy vom 26. August und vom 21. Oktober 1961, in: DE GAULLE (wie Anm. 7) S. 129–131 und 155–158.

51 Vgl. Konrad ADENAUER, Erinnerungen 1959–1963. Fragmente, Stuttgart 1968, S. 119f.

52 Vgl. das von Maurice Vaisse mit Jean Laloy am 17. Juni 1985 geführte Interview, Archives Orales, AO 21, AMAE. Auch für die Benutzung dieses Interviews bedarf es der vorherigen Zustimmung der Familie Laloy.

53 Vgl. Anm. 42 und 49.



Diese aus der moskaukritischen, bündnisorientierten und gleichsam als atlantisch zu bezeichnenden Grundeinstellung Lalloys erwachsende Divergenz zwischen dem Diplomaten und den politisch Verantwortlichen blieb in den Jahren 1961–1963 noch ohne greifbare Folgen. 1964 wurde sie ihm aber zum Verhängnis, nachdem die Berlin-Krise infolge der gescheiterten heimlichen Stationierung sowjetischer Raketen auf Kuba im Herbst 1962 überraschend schnell abgeklungen war, und als de Gaulle und Couve im Zuge einer Neuausrichtung ihrer Außenpolitik auf Entspannung und Annäherung an Moskau abzielten: Laloy fand sich mit einem Mal auf den klangvollen aber einflußlosen Posten eines Conseiller Diplomatique du Gouvernement abgeschoben<sup>54</sup>. Erst nach dem Ende der Ära de Gaulle konnte Laloy seine Karriere im Quai d'Orsay fortsetzen, wo er ab 1968 das Archiv leitete und schließlich von 1974–1977 der Kulturabteilung vorstand.

Bei einer Konzentration auf die Quellen und das Wirken eines einzigen Diplomaten – und sei er noch so bedeutend – müssen notwendigerweise viele Fragen zur Politik eines großen Außenministeriums in der so langen und komplexen zweiten Berlin-Krise offenbleiben. Künftige Forschung zur Berlin-Politik des Quai wird sich genauso mit den im vorliegenden Beitrag weitgehend ausgeblendeten organisatorisch bedingten Strukturen und Abläufen innerhalb des Ministeriums befassen müssen wie mit der systematischen Erfassung der inhaltlichen Stellungnahmen anderer hochrangiger Beamter und einflußreicher Botschafter. Außerdem müßte die Position des Außenministers im Verhältnis zum Regierungschef und zum Präsidenten der Republik näher untersucht werden wie auch die Frage, inwiefern außenpolitische und militärische Planungen aufeinander abgestimmt waren. Mit Blick auf die internationalen Beziehungen jener Zeit bleibt insbesondere noch zu erarbeiten, wie der Quai die von US-Außenminister John Foster Dulles vorübergehend verfolgte Idee der Anwendung der Agententheorie bewertete<sup>55</sup>, welche Haltung er zur Frage der deutschen Ostgrenze einnahm, ob er de Gaulles Ziel einer Ausweitung deutsch-deutscher Kontakte befürwortete<sup>56</sup>, ob er in der Kuba-Krise von einem Konnex mit der Berlin-Krise ausging, und inwiefern die französische NATO-, Europa- und Algerienpolitik die berlinpolitischen Planungen beeinflusste.

Einer umfassenden Beantwortung all dieser Fragen wäre es zuträglich, wenn der Forschung über die Bestände des französischen Außenministeriums und die Papiere Jean Lalloys und Maurice Couve de Murvilles hinaus noch mehr Nachlässe, insbesondere auch die noch immer verschlossenen Privatpapiere de Gaulles, zur Verfügung stünden.

54 Vgl. André FONTAINE, Jean Laloy est mort, *Le Monde* 7./8. August 1994; Maurice VAÏSSE (wie Anm. 4) S. 330; Joseph ROVAN, *Mémoires d'un Français qui se souvient d'avoir été Allemand*, Paris 1999, S. 245.

55 Die Agententheorie sah vor, daß DDR-Grenzorgane, die nach dem Abschluß eines separaten Friedensvertrages zwischen der Sowjetunion und der DDR den Berlin-Verkehr kontrollierten, vom Westen als im Auftrag der sowjetischen Besatzungsmacht handelnd betrachtet werden konnten. Im Ergebnis hätte sich mit Hilfe dieses Konstrukts eine von östlicher Seite erzwungene Kontrolle der Zugangswege durch DDR-Personal mit der Fortgeltung des vom Westen eingeforderten Prinzips der Viermächteverantwortlichkeit vereinbaren lassen. Dulles erwähnte am 26. November 1958 die Agententheorie als mögliches Mittel zur Beilegung der zweiten Berlin-Krise in einer Pressekonferenz.

56 Vgl. de Gaulles Pressekonferenz vom 25. März 1959, in: DE GAULLE (wie Anm. 7) S. 82–87.